

Wolfgang Thierse
Für die Zukunft.

(| *Erwartungen der Politik an religionspädagogisches Handeln* ¹

Katecheten haben es nicht leicht hierzulande – folgt man der diffusen Stimmung, die herrscht. Immer mehr Menschen kehren der Kirche den Rücken, auch wenn sich der Prozess gelegentlich zu verlangsamen scheint. In der Schule, so hört man, seien Wirtschaftsunterricht und Internetschulung bei begrenztem Zeitbudget allemal wichtiger als eine Unterweisung in Glaubensfragen. Religion rangiert irgendwo zwischen Kunst und Sport, bei den so genannten Nebenfächern. In seltsamem Widerspruch dazu stehen aber seit einiger Zeit die neuerliche Forderung nach Wertevermittlung auch in der Schule und der Vorwurf, Schule habe ihren Auftrag nicht erfüllt. Religionslehrer fühlen sich gewiss hier in besonderem Maße angesprochen, gelten sie doch – sozusagen per definitionem – als für Sinnfragen zuständig. Diese Zuständigkeit wird ihnen aber von denen abgesprochen, die sich auf die Neutralität des Staates berufen und Religion endlich strikt als Privatsache behandelt sehen wollen.

Eine neue Debatte um Werte und Erziehung

Nach meinem Eindruck weiß die Gesellschaft insgesamt nicht mehr oder noch nicht recht, was sie eigentlich vom Religionsunterricht erwartet. Sinn- und Glaubensfragen werden in dieser Gesellschaft (man könnte sagen: traditionell) eher vernachlässigt. Doch wenn mich nicht alles täuscht, sind deutlicher als noch vor wenigen Jahren Stimmen vernehmbar, die für eine Rückbesinnung auf christliche Traditionen oder doch zumindest für eine Stärkung auch des wertebezogenen Unterrichts eintreten.

Ermutigung kam unlängst durch die Studie von *Anton Bucher*, die mit einem beträchtlichen Aufwand und sehr seriös nachgewiesen hat, dass der Religionsunterricht besser und beliebter ist als sein Ruf. Wenn ich auch nicht alle Ergebnisse so optimistisch interpretiere, wie das *Bischof Lehmann* bei der Präsentation getan hat: Ich sehe diese Studie durchaus als ein Zeichen dafür, dass der Religionsunterricht an Sympathie und an Sympathisanten gewinnt, jedenfalls nicht verliert. Er ist dabei, seinen Ruf als Hort unfruchtbarer, wenn nicht gar gefährlicher Frömmerei oder von Undiszipliniertheit oder wie die Vorwürfe auch lauten, abzuschütteln und im Zuge einer gesellschaftlichen Debatte um Werte und Erziehung wieder geschätzt zu werden als Vermittler durchaus notwendiger Werte. Wenn die Beobachtung stimmt, dass wir, bezogen auf den Religionsunterricht und die Frage nach der Vermittlung auch christlich begründeter Werte, möglicherweise in einer Stimmungsveränderung sind, frage ich: Was ist passiert? Wie ist das zu erklären? Ich fasse die Entwicklung kurz in vier Punkten zusammen.

¹ Der Beitrag gibt die für den Druck durchgesehene Rede am 27. September 2000 in Berlin wieder. Er erschien ursprünglich unter dem Titel 'Wertedebatte und Religionsunterricht' in den Katechetischen Blättern (KBl 126 (2/2001) 132-141). Wir danken dem Kösel-Verlag für die Abdruckgenehmigung.

Gesellschaftliche Differenzierung

Die gesellschaftliche Debatte um Werte und um Erziehung ist ausgelöst worden von der verstärkten Wahrnehmung eines Prozesses der gesellschaftlichen Differenzierung. Säkularisierung ist nur eine Seite dieses Prozesses. Die andere, die viel deutlicher in ihren Wirkungen wahrgenommen wird, nennen wir Individualisierung. Längst hat sich der Januskopf dieses Prozesses gezeigt, längst hat die Individualisierung auch ihr hässliches Gesicht offenbart: Wenn Selbstbestimmung, ein historischer Fortschritt, zum obersten Prinzip erhoben wird, mutiert sie zum Egoismus. Die gesellschaftliche Entwicklung in all ihren Dimensionen – ökonomisch, technologisch, arbeits- und lebensweltlich – jedenfalls schwächt unübersehbar den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine der Folgen ist eine Krise der gesellschaftlichen Institutionen. Nicht nur die Kirchen, sondern auch die Parteien, die Gewerkschaften, andere Vereine und Verbände verlieren stetig an Mitgliedern und damit auch an gesellschaftlicher Bindekraft. Die Frage 'Was hält die Gesellschaft zusammen?' wird immer intensiver diskutiert.

Verlust der sozial-kulturellen Homogenität

Die Wertedebatte hat nach dem Fall der Mauer eine neue Dimension bekommen. Die sozial-kulturelle Homogenität der alten Bundesrepublik und damit auch ein Stück Selbstgewissheit ist spätestens verloren gegangen, als plötzlich 17 Millionen Ostdeutsche dazugehörten, die vierzig Jahre lang in einem anderen System und nach anderen Wertvorstellungen gelebt hatten, leben mussten. Die emotionalen, die moralischen Erschütterungen waren auf Seiten der Ostdeutschen zweifellos stärker. Waren sie doch aus einem gescheiterten System gekommen, dessen Maßstäbe von heute auf morgen nicht mehr galten. Es ist übrigens eine immer noch bedenkenswerte Beobachtung, dass die Kirchen vor und zur Zeit der Wende ein Ort des Widerstandes, ein Ort der Freiheit waren, dass sie aber, kaum war die Freiheit erkämpft, schnell an Anziehungskraft verloren. Was ist da vorher und nachher passiert?

Eigengesetzlichkeit von Technologie und Ökonomie

Die Wertedebatte findet heute vor dem Hintergrund technologischer und ökonomischer Grenzüberschreitungen statt, die in beunruhigendem Tempo nicht nur materielle, sondern auch ethische Sicherheiten zerstören. Wissenschaft und Wirtschaft folgen – jede auf ihre Weise – den Prinzipien von Fortschritt, Wachstum und Beschleunigung so konsequent, dass der Mensch das Tempo vielfach nicht mehr mithalten kann. Wir sind in einer Art revolutionärer Situation, in einer unerhört beschleunigten ökonomisch-technologischen und wissenschaftlichen Entwicklung, die wir in der Reflexion, in der moralischen Verarbeitung noch nicht eingeholt haben. Sind Technik und Ökonomie, so fragen sich viele, nicht bereits über die Bedürfnisse des Menschen hinweggegangen und zum Selbstzweck geworden? Es ist noch nicht entschieden, ob die Werte unserer Gesellschaft, die sich am Wohl des Menschen ausrichten, der Eigengesetzlichkeit einer global entfesselten Ökonomie noch Grenzen setzen können – oder ob nicht vielmehr die Eigengesetzlichkeit von Technologie und Ökonomie unsere ethischen Regeln und Normen aufweicht. Darüber muss man nicht nur abstrakt reden, sondern das kann man an der berühmten Sonntagsfrage erläutern: an der Frage nämlich, ob wir die Ladenöffnungszeiten regulieren, liberalisieren und ob der Sonntag geschützt bleibt.

Dabei geht es um eine elementare Grundfrage: Sind wir bereit, den Menschen auf seine beiden marktgemäßen Rollen reduzieren zu lassen – einerseits als Arbeitskraft und andererseits als Konsument? Das sind die beiden Funktionen, in denen der Mensch auf dem Markt vorkommt. Oder verteidigen wir andere Dimensionen des Menschseins: dass Menschen der Kommunikation bedürfen, der emotionalen Beziehungen, der Möglichkeit zu feiern und auch einmal frei zu sein von den Zwängen, die ihnen die Marktrollen auferlegen. Darum geht es bei dieser Frage, nicht um kirchliches Sondergut.

Wachsender Rechtsextremismus

Die Wertedebatte ist in jüngster Zeit drängend geworden angesichts eines wachsenden Rechtsextremismus, der die Grundlagen der Demokratie – Achtung der Menschenwürde, Toleranz und friedliche Auseinandersetzung – buchstäblich mit Füßen tritt. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland und anderen europäischen Ländern steigt die Zustimmung zu rechtsextremem, nationalistischem, rassistischem Gedankengut. Rechtsradikale oder rechtspopulistische Parteien haben Zulauf. Die Zahl der extremistisch motivierten Gewalttaten steigt. Wir beginnen zu begreifen, dass diese Geisteshaltung aus der Mitte der Gesellschaft kommt.

Dieses Thema beschäftigt mich sehr – nicht nur im Kopf, sondern noch mehr im Herzen. Schon bevor die öffentliche Debatte darüber begann, bin ich sehr viel herumgefahren. Ich war in Guben, in Wurzen, in Leipzig, in Frankfurt/Oder, in Hoyerswerda, in vielen Städten, wo es rechtsextremistische Gewalttaten gegeben hat. Mich hat immer geärgert, dass diese Gesellschaft nicht begreift, dass der Rechtsextremismus kein Randphänomen mehr ist, sondern dass er in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Im Sommer 2000 ist dies nun zum Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden. Ich hoffe, das wird Folgen haben und nicht wieder nur ein Thema der Medienkonjunktur bleiben.

Ich bin oft gefragt worden, was denn neu ist, was anders, was schlimmer. Im Westen Deutschlands konnte man in den vergangenen Jahrzehnten glauben, dass der Rechtsextremismus ein isolierbares, parteipolitisches Phänomen sei. Die Republikaner oder die NPD wurden einmal in den Landtag gewählt, beim nächsten Mal blieben sie wieder draußen. Man konnte denken, das seien eher alte Herren, die mit ein paar verführten Jugendlichen dieses rechtsextremistische politische Geschäft betreiben. Man konnte denken, es sei beherrschbar. Das ist es aber nicht mehr. Denn im Osten Deutschlands ist dieser Rechtsextremismus viel weniger ein parteipolitisches als ein kulturelles Phänomen im weitesten Sinne des Wortes. Ausländerfeindlichkeit ist ein fast selbstverständlicher Teil des Alltagsbewusstseins eines erheblichen Teils der Bevölkerung geworden. Rechtsextremismus ist in die Kulturszene eingedrungen. Die Skinheadszene, die Musik zum Beispiel, ist das eigentliche Transportmittel. Das macht die Sache viel schwieriger, weil sie parteipolitisch weniger fassbar und ausgrenzbar ist.

Nun gibt es für zunehmende Gewaltbereitschaft und für zunehmenden Rassismus keine monokausale Erklärung. Man muss über verschiedene Ursachen reden. Ich glaube, die dramatischste Ursache sind Überforderungsgänge und Vereinfachungsbedürfnisse von Menschen. Ich habe schon die dramatischen Veränderungen der sozialen Welt er-

wähnt – Stichworte dazu sind ‘Globalisierung’, ‘Informationsgesellschaft’, ‘Wissensrevolution’; das alles wird im Osten noch einmal verschärft durch die Dramatik der Transformation, die ja das ganze Leben ergriffen hat. Es gibt erhebliche Integrations- oder Desintegrations-Probleme. Viele haben das Gefühl, dass sie durch diese Gesellschaft nicht mehr getragen werden, dass sie keinen sicheren Platz mehr darin haben. Das Grundmuster der Reaktion auf Überforderungsängste und Vereinfachungsbedürfnisse ist bekannt, es ist die Ethnisierung sozialer Konflikte. Vor sechzig Jahren waren die Juden an allem schuld, jetzt sind die Ausländer an allem schuld. Wenn soziale Ängste zunehmen, sind Menschen leichter verführbar für Gruppen und Beheimatungsangebote der einfachen Art, wie sie die rechtsextremen Ideologen einer verunsicherten Jugend bieten.

Der Rechtsextremismus ist nicht nur ein ostdeutsches Problem, aber er hat in Ostdeutschland ein anderes Gesicht. Es ist dramatischer, brutaler, härter, beunruhigender. Was ist die spezifisch ostdeutsche Seite daran?

- Zunächst will ich daran erinnern, dass es auch zu DDR-Zeiten schon Ausländerfeindlichkeit gab, Antisemitismus, Gewaltbereitschaft, die Unfähigkeit, mit Konflikten umzugehen. Ich erinnere mich an Untersuchungen, die 1988/89 vorgelegt wurden – nicht öffentlich, sondern als innerkirchliche, gewissermaßen illegale Papiere. Darin konnte man lesen, was in Ostdeutschland unter den jungen Leuten los war. Man muss heute daran erinnern, um zu begreifen, dass es nicht nur die Dramatik der Umwälzung war, sondern dass es eine schlimme Tradition aus DDR-Zeiten gibt, eine Tradition des nie öffentlich bearbeiteten Rechtsextremismus und Antisemitismus.
- Zweitens gibt es eine autoritäre Erbschaft aus SED-Zeiten, die man Konfliktunfähigkeit nennen kann. Eine eingesperrte Gesellschaft, eine autoritäre Gesellschaft ist unfähig, mit Fremden, mit Differenzen umzugehen. Wie sollten Menschen das dort lernen?
- Drittens wirkt ein fatales ideologisches Grundmuster weiter: das Schwarz-weiß-Denken, das Klassenkampfeschema des Marxismus-Leninismus, das Freund-Feind-Denken, die Suche nach den einfachen Ursachen.
- Der vierte und letzte Gesichtspunkt ist am schwierigsten zu besprechen: Die DDR hat auch eine Grundvorstellung hinterlassen von dem, was Gerechtigkeit und Gleichheit sind. Ich will Gerechtigkeit und Gleichheit als hohe Werte nicht denunzieren. Aber jetzt wird sichtbar, dass die Gleichheitsvorstellungen und die Gerechtigkeitsvorstellungen, die zu DDR-Zeiten entwickelt worden sind, eine Rückseite haben. Sie heißt Konformitätszwang. Die mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft, sich auf Unterschiede einzulassen und mit ihnen umzugehen, wirkt auch jetzt.

Aufgaben der Erziehung

Elementarste Bildungsfragen stellen sich wieder neu. Wenn ich eine Umfrage lese, nach der festgestellt wird, dass der größere Teil der jungen Leute mit ‘Auschwitz’ nichts verbindet und das Wort ‘Holocaust’ nicht übersetzen kann, dann will ich daraus keinen allgemeinen Vorwurf ableiten. Aber trotz vielfältiger Anstrengungen, über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen aufzuklären, sind die Wirkungen offenbar nicht so, wie wir gehofft haben. Deshalb müssen wir neu zurückfragen: Was ist eigent-

lich historisches Erinnern? Wie kann ich historisches Wissen so vermitteln, dass es tatsächlich ankommt und Empathie, Gedenken und gegenwärtige Verantwortung auslöst? Das ist eine wichtige neue Frage. Oder die Frage, warum häufig nicht einmal mehr elementarste Regeln des menschlichen Zusammenlebens funktionieren, zum Beispiel das Gewaltverbot. Selbst in der Tierwelt funktioniert ein Mechanismus der Hemmung, aber bei einem Teil der jungen Leute funktioniert er offenbar nicht mehr. Also genügend aktueller, bitterer, böser Anlass, wieder neu über Erziehung, Werte und moralische Fragen in dieser Gesellschaft zu reden. Genügend Anlass zu fragen, was wir Demokraten, was wir Christen falsch gemacht haben.

Vermittlung demokratischer Grundwerte

Ich fürchte, wir haben uns zu lange in der Sicherheit gewöhnt, die Demokratie würde sich nach fünfzig Jahren gewissermaßen von selbst und umfassend in die nächste Generation vermitteln. Dabei haben wir übersehen, dass sich der Wert von Freiheit und Toleranz, von Gerechtigkeit und Solidarität nicht von selbst in die nächsten Generationen weitervermittelt – in eine Generation, die von allem den Preis und von nichts den Wert kennt (das ist eine schöne Formulierung, die nicht von mir ist). Jetzt wächst eine Generation heran, die in den Schulen vor allem fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden soll. Beruflich verwertbare Fertigkeiten sind wichtig, das ist unbestreitbar. Doch mir graut es immer wieder vor dem Wort 'fit machen', eine entsetzliche Vokabel, weil es doch 'zurichten', 'abrichten', 'herrichten für etwas' assoziiert. Die Sprache der Bildungsdebatte und die dahinter liegende Denkweise liegen in einem Trend, bei dem ökonomische Gesichtspunkte mehr und mehr soziale und ethische Gesichtspunkte verdrängt haben. Die einseitige Ausrichtung von Bildung und Erziehung auf den Arbeitsmarkt und die Vernachlässigung der anderen Dimensionen von Bildung und Erziehung ist eine Engführung, die letztlich den demokratischen Wertekonsens gefährdet. Dass immer mehr junge Menschen auf skrupellose politische Rattenfänger hereinfallen, lässt jedenfalls daran zweifeln, dass ihnen Lebenssinn, Orientierung und demokratische Werte überzeugend vermittelt worden sind. Natürlich, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit sind wichtige Ursachen für Rechtsextremismus, und gegen beides schützen gute Ausbildung, berufliche Perspektiven, verlässliche Aussicht auf Arbeit noch am besten. Ich glaube aber nicht, dass sich Rechtsextremismus, Intoleranz, Gewaltbereitschaft mit einer boomenden Wirtschaft erledigen und dass Wachstumsraten von vier oder mehr Prozent gesellschaftliche Orientierungsverluste kompensieren können.

Was aber, so mag mancher fragen, haben die Kirchen nun mit all dem zu tun? Sind nicht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit längst unabhängig von ihrer christlichen Herkunft und Begründung zu einer Art säkularem Glaubensbekenntnis der Gesellschaft geworden, zu Bestandteilen einer nicht sehr konturierten, aber vorhandenen Zivilreligion? Ist dann nicht die Selbstvergewisserung über unsere Grundwerte Sache des Staates und Sache der Politik? Selbstverständlich stehen Staat und Politik zuallererst in der Pflicht, den Sinn und Wert demokratischer Prinzipien zu erläutern, zu begründen, zu vermitteln und dafür immer wieder neu zu werben. Aber Staat und Politik können diese Aufgabe offensichtlich nicht allein und nicht ausreichend erfüllen.

Grundrechte und Grundwerte sind eben nicht nur Sache des Staates, sondern aller gesellschaftlichen Kräfte, aller Bürgerinnen und Bürger. An dieser Stelle muss unweigerlich das berühmte Zitat von *Ernst Wolfgang Böckenförde* folgen: „Der demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selber garantieren kann“. Politik und Staat verzehren gewissermaßen Ressourcen, für deren Nachwachsen sie offensichtlich nicht selber sorgen können.

Ich bin in einem autoritären Staat aufgewachsen, der sich die Rolle als alleinige moralische Instanz angemäht hat, der auch eine – wenn man so sagen darf – weltanschauliche Erziehungsdiktatur war. Ich bin froh darüber, dass ich dennoch erschütterbar, aber fest im Christentum verwurzelt bin. Denn nachdem das dünne ideologische Fundament der DDR zusammengebrochen ist, sind allzu viele Menschen moralisch ent wurzelt und orientierungslos geworden. *Eberhard Tiefensee* hat dafür eine überraschende Formulierung gefunden: „religiös unmusikalisch“ seien die Ostdeutschen geworden. Das gescheiterte Experiment DDR zeigt nicht zuletzt, wie gefährdet ein Gemeinwesen ist, wenn es versucht, sich von seinen jahrhundertealten kulturellen Wurzeln zu lösen.

Bereitschaft zur Solidarität

In der Bundesrepublik ist das Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Kräfte – von Politik und Wirtschaft, von Gewerkschaften und Kirchen – gute Tradition, mit insgesamt positiven Ergebnissen. Ich denke vor allem an den sozialen Konsens, der ein Garant für Stabilität war und noch ist. Ursprünglich war es ein christlicher Gedanke, dass menschenwürdiges Leben ein Mindestmaß an Gerechtigkeit in der Verteilung materieller Ressourcen voraussetzt. Die Politik hat ihn aufgegriffen und den Schwachen von einem Objekt – gewiss löblicher – Barmherzigkeit zu einem Subjekt von Rechtsansprüchen gemacht. Ich halte den Sozialstaat für die eigentliche europäische Kulturleistung. Die aktuelle Diskussion um den Sozialstaat zeigt aber, dass soziale Gerechtigkeit nicht weniger und nicht mehr ist als ein Wert. Die Gesellschaft muss ihn wollen und auch immer wieder neu definieren. Nur so ist er zu verteidigen und in immer neue gesellschaftliche Praxis zu übersetzen. Wenn sich keine Mehrheit mehr findet, die die Solidarität als Wert schätzt und schützt, dann wird es in dieser Gesellschaft auch keine organisierte, strukturelle Solidarität mehr geben. Reformen dieses Sozialstaats sind notwendig, aber die Grundüberzeugung ist wichtig, dass wir strukturierte, organisierte Solidarität brauchen und dass sie nicht nur in das individuelle Belieben gestellt werden darf. Wenn sich für diese Überzeugung keine Mehrheit mehr fände, geriete aus dem Blick, dass sich eine Gesellschaft mit der Ökonomisierung aller Lebensbereiche ihrer eigenen Grundlagen beraubte. Eine Gesellschaft ist mehr als das Nebeneinander von Individuen. Wo die Bereitschaft zur Selbstbindung des Individuums fehlt, ist es kein großer Schritt von einem positiven Freiheitsbegriff, der die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen betont, bis hin zu einer Beliebigkeit, ja Rücksichtslosigkeit, die die soziale Einbindung des Einzelnen an den Rand drängt.

Umgang mit gesellschaftlichem Wandel

Wir haben bisher keinen wirklich überzeugenden Umgang gefunden mit der Tatsache, dass der auch krisenhafte und Opfer fordernde gesellschaftliche Wandel – die Internationalisierung, die Anonymisierung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der

Politik – viele Menschen überfordert. Er erschüttert ihr Vertrauen in die gesellschaftliche Stabilität. Ich will das an der Politik erläutern: Ich weiß nicht, ob es zu stark ausgedrückt ist, wenn man von einer Grundlagenkrise des Politischen spricht. Ich sehe aber eine sich verschärfende Diskrepanz zwischen dem Tempo und der Reichweite ökonomischer Prozesse und Entscheidungen einerseits und dem Tempo und der Reichweite politischer Prozesse, Institutionen und Entscheidungen andererseits. Ein Beispiel, das wir alle erlebt haben, die Schlacht um die Fusion von Vodafone und Mannesmann. Auf der Vorderbühne fand eine gigantische Anzeigenkampagne statt, die viele Millionen Mark gekostet hat. Auf der Hinterbühne fand die eigentliche Schlacht zwischen den Managern statt. Innerhalb von zwei, drei Monaten war die Schlacht geschlagen, die beiden Unternehmen fusioniert. Es ging um ein Kapital von vielen Milliarden und um das Schicksal von mehreren zehntausend Menschen. So schnell gehen ökonomische Prozesse und Entscheidungen.

Vergleichen Sie damit die qualvollen politischen Auseinandersetzungen etwa um Steuerreform, Rentenreform, Gesundheitsreform. Ich kritisiere die Politik nicht dafür. Ich lobe die Langsamkeit demokratischer Politik. Sie ist alternativlos. Je schneller Politik ist, um so weniger können einbezogen werden, um so weniger föderal, um so weniger partizipativ ist sie. Demokratische Politik ist langsam. Aber die Diskrepanz wird immer schmerzlicher und von einer Vielzahl von Menschen als immer unerträglicher empfunden. Ihre Ungeduld, ihr Tempobedürfnis – übrigens noch einmal forciert durch die Veränderung unserer Wahrnehmung durch Fernsehen und die neuere technologische Entwicklung – machen die Grundlagenkrise des Politischen aus. Die Antwort darauf muss eine doppelte sein: Zum einen die Entwicklung und Stärkung politischer Institutionen, die den ökonomischen Prozessen gewachsen sind. Die einzige realistische Antwort gegenwärtig heißt Europa. Bisher ist Europa wesentlich ökonomisch definiert. Wir sind dabei, in mühseligen Prozessen daraus einen politischen Gestaltungsraum zu machen, einen demokratischen Gestaltungsraum. Die andere Konsequenz muss heißen: Stärkung des Individuums, Befähigung des Individuums, mit diesen Prozessen umgehen zu können, die es ängstigen, die es überfordern, die es in ein Tempo zwingen, das eigentlich nicht menschlich ist. Das ist genau die Schwierigkeit.

Vermittlung von Sinnkompetenz

In den vergangenen Jahrzehnten haben Familie, Schule und Kirchengemeinde die Aufgabe von Erziehung, von Werteerziehung, von Bildung der Individualität Hand in Hand geleistet. Nun sehen wir, dass das Zusammenwirken dieser Trias nicht mehr recht funktioniert. Wir sehen, dass die Erziehungsinstitutionen dieser Gesellschaft und die Erziehungskräfte geschwächt sind und dass auch der Rang der Erziehung selber in den vergangenen Jahrzehnten gelitten hat. Die letzte *Shell-Jugendstudie* ist zu einem entmutigenden Ergebnis gekommen. Erziehung durch gesellschaftlich gewünschte Sozialisationsinstanzen verfange einfach nicht mehr, so behaupten die Autoren. Daher sei es auch Unfug, von 'Werte Vermittlung' oder 'Sinnstiftung' zu reden und in politischen Diskussionen den Mut zur Erziehung zu fordern. Wenn sie auch eine allgemeine Stimmung wiedergeben – mir klingt das, was die Shell-Autoren an dieser Stelle über Erziehung sagen, viel zu sehr nach Resignation, nach voreiliger und verantwortungs-

loser und falscher Resignation. Es gibt an anderer Stelle auch eine ganz andere Beobachtung: Menschen, die eine höhere Bildung haben, haben auch viel deutlichere Wertvorstellungen und viel fassbarere Werthaltungen. Das steht im Widerspruch zu dem, was die Autoren behaupten. Auch die junge Generation, die fast keine Tabus mehr kennt und deren Freiheiten so groß sind wie nie zuvor, hat ein Bedürfnis nach Bindung und Geborgenheit. Die Jugendlichen wollen nicht nur einen Arbeitsplatz, sie wollen auch Familie, Freundschaft, Gemeinschaft – auch wenn sie vielleicht nicht genau dasselbe meinen wie die Älteren, auch wenn die Formen vielleicht anders sind. Bei vielen nimmt die Suche nach Sinn und geistiger Führung sogar bedenkliche Ausmaße an. Das zeigt der Zulauf zu Sekten oder zu rechtsextremen Gruppen. Und umso wichtiger ist, dass die demokratisch verankerten Institutionen eben nicht resignieren, sondern den Mut und die Kraft zur Werteerziehung aufbringen.

Wenn wir, wie das üblich geworden ist, Bildung vollmundig als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts bezeichnen, dann sollten wir nicht den Fehler machen, die Debatte auf die Inhalte von Ausbildung zu reduzieren. Denn die Eigenschaften, die auf dem Markt Erfolg versprechen, reichen nicht aus, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern und um dem Einzelnen zu ermöglichen, menschenwürdig zu leben. In den Köpfen muss mehr sein als die Fähigkeit, sich im Konkurrenzkampf durchzusetzen. Ich gebe zu, ich habe wenig Verständnis für einen Zeitgeist, der sich zur „Tugend der Orientierungslosigkeit“ bekennt (so ein programmatischer Buchtitel), zu einer Behaglichkeit, die sich darin äußert, den oft quälenden Sinnfragen des Lebens einfach nicht mehr nachzugehen. Bei dem Gedanken an eine Gesellschaft von moralischen Analphabeten wird mir jedenfalls angst und bange. Diese Gesellschaft muss ein vitales Interesse daran haben, dass die Menschen lernen, Sinnfragen überhaupt zu stellen, sich über Ziele zu verständigen, nach Werten und Tugenden zu fragen. Wenn es auch in Zukunft demokratisch zugehen soll, brauchen wir Erziehung zur verantworteten Freiheit. Die Kompetenz, Gleichheit von Ungleichheit, Recht von Unrecht zu unterscheiden, soziale Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien als kostbares Angebot für Freiheit, Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erkennen, das sind Schlüsselqualifikationen für eine demokratische Gesellschaft – nicht nur naturwissenschaftliche Kenntnisse, technische Fertigkeiten, die Beherrschung von Internet und von Fremdsprachen. In diesem Sinne sollte Schule nicht nur Sachkompetenz vermitteln, sondern auch Sinnkompetenz. Natürlich ist das eine Aufgabe für alle Fächer. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, dass im Biologieunterricht Aufbau und Struktur der DNA erläutert werden, ohne dass auf die ethischen Fragen der Gentechnologie eingegangen wird.

Das Diskutieren und Nachdenken über ethische Fragen braucht aber mehr Zeit, als in den Lehrplänen der meisten Fächer vorgesehen ist. In der Schule muss es einen Ort und eine Zeit geben, die eigens Fragen der Orientierung und des Lebenssinns vorbehalten sind, denn Werteerziehung gehört zur Grundversorgung an den Schulen. Ich jedenfalls kann nicht nachvollziehen, dass Mathematik und Englisch, Physik und Deutsch Pflichtfächer sind, Religion und/oder Ethik aber fakultativ. Eine Praxis wie im Berliner Fall – das eine ist obligatorisch, das andere kann abgewählt werden und wird natürlich abgewählt – sagt aus, was die Gesellschaft von der Wirklichkeit der Fä-

cher und der Qualifikation hält. Weil es um Orientierungswissen geht, plädiere ich entschieden für einen Wahlpflichtbereich Religion/Ethik. Sicher, die Gesellschaft kann nicht ihre Orientierungsprobleme in der Schule abladen. Auch die Kirchen wären überfordert, wollten sie allein das Defizit an Sinn, an Orientierung, an demokratischen Tugenden etwa im Religionsunterricht ausgleichen. Aber wer sonst als die Religion kann uns daran erinnern, dass der Mensch nicht nur durch Leistung gerechtfertigt ist, dass der Mensch im Scheitern seine Würde wahren können muss, im eigenen ebenso wie im Umgang mit dem Scheitern der Nächsten? Religion kann daran erinnern, dass Gemeinsinn und Solidarität eben nicht, wie es heute so häufig suggeriert wird, Opfer sind, die das Individuum einer zivilisierten Gesellschaft erbringt, sondern zu seinem individuellen Menschsein gehören.

Wenn der ökonomische Erfolg zur wichtigsten Richtschnur in einer Gesellschaft wird, dann kann das nicht ohne Auswirkungen auf ihren Wertekonsens bleiben. Vor einigen Jahren haben Soziologen prognostiziert, dass die „als legitim erachteten und deshalb positiv sanktionierten Werte auf minimale Verfahrensgrundsätze zusammenschrumpfen“ werden. Aber was, so ist dringend zu fragen, kann noch unsere Gesellschaft zusammenhalten? Der Frage nach der sozialen Kohäsion scheinen sich allerdings vor allem die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände und auch die Sozialdemokratie zu widmen. Dabei hat der amerikanische Rechts- und Moralphilosoph *John Rawls* schon vor Jahren, besonders aus der amerikanischen Erfahrung heraus, auf die Notwendigkeit eines fundamentalen Konsenses gerade für pluralistische Gesellschaften hingewiesen, ohne den diese nicht lebensfähig sind. Dieser ist eben nicht der Markt. Es sind nicht die Geld- und Arbeitsbeziehungen, die diese Gesellschaft zusammenhalten, sie sind nur Momente der Struktur dieser Gesellschaft.

Die normativen Bindungen werden schwächer, aber sie werden gebraucht um des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Friedens willen. Ich jedenfalls bin überzeugt, dass Menschen gerade in Zeiten der Umwälzung, der Beschleunigung, der Entgrenzung der Selbstvergewisserung und des Rückhalts bedürfen. Abgrenzung, Abwehr, Aggression, wie wir sie zur Zeit immer häufiger auch in ihren schlimmsten Auswüchsen erleben, sind nicht zuletzt eine Reaktion auf fehlende Selbstsicherheit, um einen ausdrücklich nicht religiösen Ausdruck zu verwenden. Sie resultieren aus Angst, Unsicherheit und Bindungslosigkeit. Wir sollten also neu darüber streiten, wie wir das Ziel des mündigen Bürgers erreichen, das in unzähligen Lehrplänen, Verordnungen, Landesverfassungen benannt und beschrieben ist: selbstverantwortlich, solidarisch, zum Mitleid und zur Nächstenliebe fähig, tolerant, lernfähig, demokratisch, antitotalitär. Das ist das Bildungs- und Erziehungsideal. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gewährleisten den nötigen Zusammenhalt der Gesellschaft, wenn sie sich in der Lebenswirklichkeit niederschlagen, wenn erfahrbar wird, dass die Gesellschaft sie immer wieder neu anstrebt und wo nötig auch neu justiert.

Wünsche an Kirche und Religionsunterricht

Der gesellschaftliche Wandel, insbesondere der Wandel der Werte, ist gerade für die Kirchen eine ungeheure Herausforderung. Christen, so scheint es mir gelegentlich, fällt es besonders schwer, sich damit abzufinden, dass die Kirche so viel an Autorität,

ja selbst an moralischer Autorität verloren hat. Unser Staat ist säkular, aber er ist keineswegs wertneutral. Die Politik hat deshalb ein lebendiges Interesse an Institutionen der Wertevermittlung, an Wertetradierung, an Vermittlung von Wertevorstellungen und Motivation zur Werterealisation, also zu einem Leben von Tugenden. Die christlichen Kirchen sind hier immer noch an vorderster Stelle gefragt, sie sind nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch in ethischen Fragen unverzichtbare 'Dienstleister' für die Gesellschaft. Ich sehe nicht, welche anderen Kräfte oder Institutionen an ihre Stelle treten könnten.

- Die Studie von *Bucher* zeigt, dass auch der Religionsunterricht in dieser Gesellschaft mehr Chancen hat, als er bisher nutzt. Am beliebtesten ist er bei Kindern im Grundschulalter, nicht zuletzt deshalb, weil Kinder gerne die Geschichten aus der Bibel hören. So erfreulich die Anziehungskraft der Bibel ist, sie reicht aber offenbar nicht aus, um junge Menschen auf Dauer für Fragen der Religion zu interessieren. Für viele Jugendliche gehört Religion zu den Fächern, in denen man die Schulzeit auf angenehme, weil nicht allzu anstrengende Art herumbringen kann. Die Umfragen haben ergeben, dass viele den Religionsunterricht nicht ernst nehmen, weil dort zu wenig Leistung gefordert wird. Ich denke, der Religionsunterricht verschenkt seine Möglichkeiten, wenn er die Jugendlichen unterfordert, wenn er plötzlich in einem System, in dem es immer auch um Leistungen geht, in einem weiten Sinne des Wortes, gänzlich herausfällt. Deshalb sage ich, wenn ich einen Wunsch an den Religionsunterricht und die Religionslehrer formulieren darf: Seien Sie selbstbewusster, fordern Sie von den jungen Leuten mehr Engagement und mehr Mitarbeit. Hierzu eine persönliche Erinnerung: Ich bin in meinem ganzen Leben nie in irgendeinen staatlich vermittelten Religionsunterricht gegangen. Den gab es zu DDR-Zeiten nicht, sondern der Religionsunterricht fand außerhalb der Schule im Pfarrhaus statt. Ich erinnere mich sehr positiv daran. Wir waren eine kleine Gruppe, das bildete Gemeinschaft. Man war herausgefordert durch die Minderheitssituation. Man musste etwas lernen, um das zu rechtfertigen und zu erklären, worin man anders war als die anderen, warum man katholisch und später, warum man überhaupt christlich ist – ein unerhört wichtiger Vorgang. Das ist eine Erfahrung, glaube ich, die auch heute im Religionsunterricht vielleicht nicht vollkommen deplatziert ist.
- Es geht weder um Selbstzufriedenheit noch um Rechtfertigungszwang beim Religionsunterricht. Was stattdessen Not tut, sind Dialogoffenheit und wirkliche Angebote an die Jugendlichen, die ihre Fragen nach Sinn herausfordern, sie aber nicht in beliebiger Antwortlosigkeit belassen. Deswegen ist mein zweiter Wunsch an Sie: Machen Sie nicht zu viele Zugeständnisse an den jeweiligen Zeitgeist. Man muss auf ihn reagieren, da sind Sie in keiner besseren Situation als Politiker. Aber man muss ihn nicht unbedingt bedienen wollen. Da sind Sie in einer besseren Situation als Politiker. Religionsunterricht hat seinen Reiz gerade darin, dass dort eben nicht mehr über die Welt als über Gott geredet wird. Wertevermittlung kann und muss in vielen Fächern geschehen. Der Religionsunterricht aber ist da, um über Fragen des Glaubens zu reden. Freilich, an staatlichen Schulen darf das nicht ohne Respekt vor dem Grundgesetz, ohne Toleranz gegenüber anderen Religionen und ohne Offenheit ge-

genüber Fragen und Zweifeln geschehen. Was ich mir im Religionsunterricht wünsche, will ich so zusammenfassen: dialogisches Angebot von Geschichten, von Beispielen, von Modellen sinnvollen, gelingenden Lebens – die Bibel ist voll davon –, Angebote von Lebenssinn und Glaubensüberzeugung, Angebote der Befreiung von menschlicher Selbstüberschätzung und Selbstüberforderung. Dieses Angebot ist ja Gott selbst. Wenn der Religionsunterricht ein glaubwürdiger, und das heißt menschengemäßer und dem jeweiligen Alter entsprechender, Lebensraum und Gesprächsraum ist, ein Ort, wo solches tradiert, eingeübt, besprochen wird, dann glaube ich, wird der Religionsunterricht eine wirkliche Zukunftschance haben, die er nach meiner Überzeugung um der friedlichen Gesellschaft willen haben muss.

Das Wissen her. Wie der Mensch das Evangelium wahrnimmt, macht er weitergesagt, dann aufgeschreiben und wiederum weiterzugeben. So sind die Wege alten Geistes. Das neue offenbare und in seiner Fülle nicht zu überblickende Wissen liegt die Kommunikationsstrategie vor, verdrängt sich auf Märkten, auf der Agora, macht sich in Gruppen heimisch und verlangt, je größer der Konsens wird, nach Feiern, nach Repräsentation und nach Organisation. Und umgekehrt, es gibt keine Organisation ohne einen geistigen, und so ist es auch zu sehen, „spirituellen“ Bauplan. In jeder Organisation wohnt ein Geist oder Geistes. Wissen Geist eine Organisation ist, bestimmt ihr Schicksal und ihre Leistungen.

Welcher sind die gestrigen Strukturen der Informationsgesellschaft? Das Wesen der Informationsgesellschaft erschließt sich weit mit dem Hinweis auf die Verdrängung der Medien, die Zugänglichkeit zur Fülle des Wissens und preiswertes Telefonieren von jedem Ort. Entscheidend ist nicht die Invention von Wissen in unsere Handlungssysteme. Zwischen die handliche Medien und das Werkstück, die Dienstleistung, wird eine Informationsstrecke gelegt, deren Funktion der Einzelne nicht mehr zu verstehen braucht, Wissen wird zu hoch angesehen. Die Handelt wird durch mit hoher Werkzeugen bestimmt, in denen Wissen verkörpert ist, das die Intelligenz der Beteiligten übersteigt. Der zentrale Glaube der Informationsgesellschaft ist der an sich selbst, an Verkörperung von Transparenz, Rationalität und Aufklärung. Woher aber wird diese Gesellschaft von irrationalen Strömungen, von Gewalt und innerer religiöser Notwendigkeit? Die Glaslakerbel meinen nach den blauen Wahnwahn transparenten. Die Technik kann herbeizuführendes Mittel der Vernunft sein, aber sie ist nicht ihre Reine. Keine Schopenhauer nach 'Die Welt als Wille und Vorstellung' analysieren, so könnte von der Informationsgesellschaft eher unter dem Titel gehandelt werden 'Die Welt als Ich-Schwäche und Bildschirm'.

3. Es ist nicht gleichgültig, was wir denken

Nehmen wir vom Allgemeinen zurück zu einer einfachen Beobachtung. Etwas die Hälfte der Jugendlichen gehört irgendwelchen Clonen an. Sie haben die verschiedensten Theorien und Aktivitäten. Ein dominierendes Thema ist Gesundheit. Es gibt Clonen,

1. Die einzige Textfassung ist die vollständige Wiedergabe des Berliner Vortrages. Sie ist eine sehr sorgfältige und mit der leicht gekürzten Fassung, die unter dem Titel 'In Gottes Namen' erschienen ist. Zur Gleichzeitigkeit ist die Informationsgesellschaft, die die von der katholischen Sozialwissenschaftlichen Zeitschrift 'Abendzeitung' herausgegebenen Reihe 'Kirche und Gesellschaft' erschien. Wo danken Sie die gleiche Arbeit, traditionell.